

Ressort: Technik

Türkei: Lambsdorff fordert Aussetzung der EU-Beitrittsverhandlungen

Berlin, 21.03.2014, 15:42 Uhr

GDN - Angesichts der Blockade des Nachrichtendienstes Twitter durch die türkische Regierung hat der FDP-Europa-Abgeordnete Alexander Graf Lambsdorff gefordert, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auszusetzen. "Die türkische Regierung agiert immer autoritärer", sagte Lambsdorff "bild.de". "Meinungsfreiheit muss sowohl offline als auch online respektiert werden. Wenn Premierminister Erdogan das nicht versteht, dann haben Verhandlungen mit seiner Regierung einfach keinen Sinn."

Das Schweigen der Bundesregierung hierzu sei beschämend. Seit der Nacht zum Freitag ist es über türkische Server nicht mehr möglich, Accounts abzurufen und Nachrichten zu versenden. Begründet wird dies von offizieller Seite mit dem Schutz von Persönlichkeitsrechten türkischer Bürger.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-31951/tuerkei-lambsdorff-fordert-aussetzung-der-eu-beitrittsverhandlungen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619